



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 29. Juni 2012 (10.08)
(OR. en)**

**10397/1/12
REV 1**

PUBLIC 32

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
MÄRZ 2012

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im MÄRZ 2012 angenommenen Rechtsakte^{1 2};
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Rechtsakte, wie das Datum der Annahme, die entsprechende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch über die Website [http://www.consilium.europa.eu \(Dokumente–Transparenz der Gesetzgebung– Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates\)](http://www.consilium.europa.eu (Dokumente–Transparenz der Gesetzgebung– Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates)) zugänglich.

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente ([Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register](#)) abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtsakte (zugänglich über <http://consilium.europa.eu> unter der Rubrik "[Dokumente](#)"– "[Transparenz der Gesetzgebung](#)"– Ratsprotokolle).

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT IM MÄRZ 2012
ANGENOMMENEN RECHTSAKTE**

**3151. Tagung des Rates der Europäischen Union (Justiz und Inneres) vom 8. März 2012 in
Brüssel**

Beschluss Nr. 281/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. März 2012 zur Änderung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms "Solidarität und Steuerung der Migrationsströme"

ABl. L 92 vom 30.3.2012, S. 1-3

Verordnung (EU) Nr. 258/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Umsetzung des Artikels 10 des Protokolls der Vereinten Nationen gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition und gegen den unerlaubten Handel damit, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll) und zur Einführung von Ausfuhrgenehmigungen für Feuerwaffen, deren Teile, Komponenten und Munition sowie von Maßnahmen betreffend deren Einfuhr und Durchfuhr

ABl. L 94 vom 30.3.2012, S. 1-15

Richtlinie 2012/12/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 zur Änderung der Richtlinie 2001/112/EG des Rates über Fruchtsäfte und bestimmte gleichartige Erzeugnisse für die menschliche Ernährung

ABl. L 115 vom 27.4.2012, S. 1-11

Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (Neufassung)

Dok. 18581/11 + COR 1 + COR 2 (pl) + REV 1 (el) + ADD 1

Schlussfolgerungen des Rates über die Folgemaßnahmen zu der 2009-2010 durchgeführten Schengen-Bewertung – Schengen-Bewertung Frankreichs

Dok. 6334/12

Durchführungsbeschluss 2012/144/GASP des Rates vom 8. März 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2010/656/GASP zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire

ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 50-54

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2012 des Rates vom 8. März 2012 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in der Republik Côte d'Ivoire

ABl. L 71 vom 9.3.2012, S. 5-9

2009/496/EG, Euratom: Beschluss des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union
ABl. L 168 vom 30.6.2009, S. 41-47

Beschluss des Rates zum Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko mit Maßnahmen zur gegenseitigen Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen, zur Ersetzung der Protokolle Nrn.1, 2 und 3 und ihrer Anhänge sowie zur Änderung des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits
Dok. 15975/10

2012/176/EU: Beschluss des Rates vom 8. März 2012 über den Abschluss eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Königreichs Marokko an den Programmen der Union
ABl. L 90 vom 28.3.2012, S. 1-1

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 12/2011 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Haben die Maßnahmen der EU zur Anpassung der Fangkapazitäten der Fischereiflotten an die vorhandenen Fangmöglichkeiten beigetragen?"
Dok. 6508/12

2012/243/EU: Beschluss des Rates vom 8. März 2012 über den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit und zur Festlegung von Verfahrensregelungen
ABl. L 121 vom 8.5.2012, S. 16-17

Schlussfolgerungen des Rates zu Leitlinien für eine Verstärkung der politischen Steuerung der Schengen-Zusammenarbeit
Dok. 7238/12 REV 2

Schlussfolgerungen des Rates über einen gemeinsamen Rahmen für echte und praktische Solidarität gegenüber Mitgliedstaaten, deren Asylsysteme besonderem Druck, einschließlich durch gemischte Migrationsströme, ausgesetzt sind
Dok. 7115/12

3152. Tagung des Rates der Europäischen Union (Umwelt) vom 9. März 2012 in Brüssel

Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Gemischten Ausschuss EU-USA für Zusammenarbeit im Zollbereich in Bezug auf die gegenseitige Anerkennung des Programms für zugelassene Wirtschaftsbeteiligte der Europäischen Union und des Programms "Customs-Trade Partnership Against Terrorism" der Vereinigten Staaten von Amerika

Dok. 6759/12 ADD 1 COR 1 (lt)

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union

Dok. 6653/12

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Bosnien und Herzegowina über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung Bosniens und Herzegowinas an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union

Dok. 17177/11

Schlussfolgerungen des Rates "Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050"

Dok. 6837/12

Schlussfolgerungen des Rates "Vorgehen im Anschluss an die 17. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP 17) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und die 7. Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (CMP 7) (28. November bis 9. Dezember 2011 in Durban, Südafrika)"

Dok. 6841/12

Schlussfolgerungen des Rates "Rio+20: Wege zu einer nachhaltigen Zukunft"

Dok. 6892/12

3153. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) vom 13. März 2012 in Brüssel

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 13/2011 des Rechnungshofs in Bezug auf das Zollverfahren 42

Dok. 6967/12 + COR 1 + COR 2 (pt)

2012/193/EU: Beschluss des Rates vom 13. März 2012 über den Abschluss – im Namen der Union – der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen

ABl. L 103 vom 13.4.2012, S. 3-3

Schlussfolgerungen des Rates "Standpunkt der EU für die 85. Tagung des Rates der Internationalen Kakao-Organisation (ICCO) (Guayaquil, Ecuador, 26.-30. März 2012)"
Dok. 7148/12 REV 1

Beschluss 2012/149/GASP des Rates vom 13. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2010/638/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea
ABl. L 74 vom 14.3.2012, S. 8-8

Beschluss 2012/150/GASP des Rates vom 13. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/872/GASP zur Aktualisierung der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, auf die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Anwendung finden
ABl. L 74 vom 14.3.2012, S. 9-10

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 213/2012 des Rates vom 13. März 2012 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1375/2011 zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus
ABl. L 74 vom 14.3.2012, S. 1-2

2012/156/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 13. März 2012 zur Aussetzung der für Ungarn vorgesehenen Mittelbindungen aus dem Kohäsionsfonds mit Wirkung vom 1. Januar 2013
ABl. L 78 vom 17.3.2012, S. 19-20

Schlussfolgerungen des Rates "Bericht im Rahmen des Warnmechanismus"
Dok. 6905/12 REV 1

2012/211/EU: Beschluss des Rates vom 13. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/734/EU gerichtet an Griechenland zwecks Ausweitung und Intensivierung der haushaltspolitischen Überwachung und zur Inverzugsetzung Griechenlands mit der Maßgabe, die zur Beendigung des übermäßigen Defizits als notwendig erachteten Maßnahmen zu treffen
ABl. L 113 vom 25.4.2012, S. 8-10

3154. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten/Handel) vom 16. März 2012 in Brüssel

Schlussfolgerungen des Rates "Konzept der EU für Handel, Wachstum und Entwicklung im nächsten Jahrzehnt"
Dok. 7412/12

3155. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft und Fischerei) vom 19./20. März 2012 in Brüssel

Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie hinsichtlich des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens
Dok. 7132/12 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 11/2011 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Ermöglichen Konzeption und Verwaltung der Regelung für geografische Angaben, dass sie wirksam ist?"

Dok. 7484/12

Beschluss des Rates vom 19. März 2012 zur Verlängerung der Amtszeit des Vizepräsidenten des Gemeinschaftlichen Sortenamtes

ABl. C 82 vom 21.3.2012, S. 6-6

Beschluss 2012/159/GASP des Rates vom 19. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/172/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Ägypten

ABl. L 80 vom 20.3.2012, S. 18-18

Beschluss 2012/158/GASP des Rates vom 19. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/173/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Bosnien und Herzegowina

ABl. L 80 vom 20.3.2012, S. 17-17

2012/177/EU: 2012/593/EG: Beschluss des Rates vom 19. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Bank of Greece

ABl. L 90 vom 28.3.2012, S. 21-21

Schlussfolgerungen des Rates zu einer Mitteilung der Kommission über die externe Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik

Dok. 7086/12 + COR 1

3156. Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 22. März 2012 in Brüssel

Verordnung (EU) Nr. 386/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 zur Übertragung von Aufgaben, die die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums betreffen, einschließlich der Zusammenführung von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors im Rahmen einer Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums, auf das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 129 vom 16.5.2012, S. 1-6

Verordnung (EU) Nr. 387/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates über den Europäischen Fischereifonds hinsichtlich bestimmter Vorschriften zur finanziellen Abwicklung für bestimmte Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind

ABl. L 129 vom 16.5.2012, S. 7-11

3157. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten) vom 22./23. März 2012 in Brüssel

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Albanien über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung der Republik Albanien an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union
Dok. 9993/11

Beschluss 2012/174/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP über die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias
ABl. L 89 vom 27.3.2012, S. 69-71

Beschluss 2012/173/GASP des Rates vom 23. März 2012 über die Aktivierung des EU-Operationszentrums für die Missionen und die Operation der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik am Horn von Afrika
ABl. L 89 vom 27.3.2012, S. 66-68

Beschluss 2011/166/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Unterstützung von Maßnahmen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) im Rahmen der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 49-59

Billigung des Standpunkts der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in dem mit dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits eingesetzten Assoziationsrat im Hinblick auf die Annahme einer Empfehlung zur Umsetzung des ENP-Aktionsplans EU-Jordanien
Dok. 7685/12 REV 1 ADD 1

Beschluss 2012/170/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2010/573/GASP betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau
ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 92-94

Durchführungsbeschluss 2012/171/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2010/639/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Belarus
ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 95-102

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 265/2012 des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus
ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 37-44

Durchführungsbeschluss 2012/256/GASP des Rates vom 14. Mai 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2011/782/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen gegen Syrien
ABl. L 126 vom 15.5.2012, S. 9-11

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 410/2012 des Rates vom 14. Mai 2012 zur Durchführung des Artikels 32 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien
ABl. L 126 vom 15.5.2012, S. 3-5

Durchführungsbeschluss 2012/167/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2011/486/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan
ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 60-84

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 263/2012 des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan
ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 1-25

Beschluss 2012/168/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/235/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Iran
ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 85-89

Verordnung (EU) Nr. 264/2012 des Rates vom 23. März 2012 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 359/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Iran
ABl. L 87 vom 24.3.2012, S. 26-36

Beschluss 2012/205/GASP des Rates vom 23. April 2012 zur Änderung des Beschlusses 2010/413/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Iran
ABl. L 110 vom 24.4.2012, S. 35-35

Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 961/2010
ABl. L 88 vom 24.3.12, S. 1-112

Schlussfolgerungen des Rates zur Bündelung und gemeinsamen Nutzung militärischer Fähigkeiten
Dok. 7682/12

Schlussfolgerungen des Rates zur Sahelzone
Dok. 8067/12

Schlussfolgerungen des Rates zu Belarus
Dok. 8102/12

Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien
Dok. 8076/12

3158. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 26. März 2012 in Brüssel

Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012
ABl. C 116 vom 20.4.2012, S. 1-1

2012/261/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2011/006 ES/Comunidad Valenciana/Hochbau, Spanien)
ABl. L 130 vom 17.5.2012, S. 21-21

2012/232/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 26. April 2012 zur Ermächtigung Rumäniens, eine von Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 168 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung anzuwenden
ABl. L 117 vom 1.5.2012, S. 7-8

2012/189/EU: Beschluss des Rates vom 26. März 2012 über den Abschluss des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2010
ABl. L 102 vom 12.4.2012, S. 1-1

Beschluss des Rates über den Abschluss des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln
Dok. 11343/10 + COR 1 (el)

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE MÄRZ 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3151. Tagung des Rates der Europäischen Union (Justiz und Inneres) vom 8. März 2012 in Brüssel Beschluss Nr. 281/2012/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. März 2012 zur Änderung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms "Solidarität und Steuerung der Migrationsströme"	6444/12 + COR 1 (fi) + COR 2 (de) + REV 1 (lt) + ADD 1 + ADD 1 COR 1 + ADD 1 COR 2 + ADD 1 COR 3	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer UK: dagegen DE, IE: keine Teilnahme
Erklärung der Kommission Im Interesse einer Kompromisslösung und der umgehenden Annahme des Vorschlags befürwortet die Kommission den endgültigen Wortlaut; sie stellt jedoch fest, dass dies unbeschadet ihres Initiativrechts hinsichtlich der Wahl der Rechtsgrundlagen, insbesondere in Bezug auf den künftigen Rückgriff auf Artikel 80 AEUV, geschieht.			
Erklärung des Rates Der Rat stellt fest, dass die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 und infolgedessen auch die Verhandlungen über den "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds" für den Zeitraum 2014-2020 (KOM(2011) 751), einschließlich der Frage, ob spezifische gemeinsame – u.a. auf geografischen Kriterien beruhende – EU-Neuansiedlungsprioritäten in der Verordnung über den Asyl- und Migrationsfonds für 2014-2020 festgelegt werden sollen, von diesem Beschluss unberührt bleiben.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE MÄRZ 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EU) Nr. 258/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Umsetzung des Artikels 10 des Protokolls der Vereinten Nationen gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition und gegen den unerlaubten Handel damit, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll) und zur Einführung von Ausfuhrgenehmigungen für Feuerwaffen, deren Teile, Komponenten und Munition sowie von Maßnahmen betreffend deren Einfuhr und Durchfuhr	PE-CONS 41/11	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer DK : dagegen
Erklärung Deutschlands, der Tschechischen Republik, Dänemarks, Irlands und der Niederlande zur praktischen Umsetzung von Artikel 11 Absätze 2 und 3 der Verordnung Bei der Erfüllung der Verpflichtung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung, die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten über Verweigerungen, Ungültigerklärungen, Aussetzungen, Änderungen, Widerrufe oder Rücknahmen von Ausfuhrgenehmigungen in Kenntnis zu setzen, und bei der Nutzung der Möglichkeit nach Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung, die zuständigen Behörden, die die Verweigerungen, Ungültigerklärungen, Aussetzungen, Änderungen, Widerrufe oder Rücknahmen erlassen haben, zu konsultieren, werden Deutschland, die Niederlande, die Tschechische Republik, Irland und Dänemark die bestehenden Kommunikationskanäle nutzen, die bereits für den Informationsaustausch nach Artikel 4 Absatz 1 des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP verwendet werden (COREU-Netz).			
Richtlinie 2012/12/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 zur Änderung der Richtlinie 2001/112/EG des Rates über Fruchtsäfte und bestimmte gleichartige Erzeugnisse für die menschliche Ernährung	PE-CONS 74/11	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer DE: dagegen

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
MÄRZ 2012**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Deutschlands Sachgerechte Regelungen für Fruchtsaft sind für Deutschland von großer Bedeutung. Einige der vorgesehenen Änderungen der Richtlinie 2001/112/EG führen jedoch zu einer deutlichen Lockerung des bestehenden EU-Rechtes und provozieren damit eine Verschlechterung der Qualität der Erzeugnisse und eine mögliche Irreführung der Verbraucherinnen und Verbraucher im Hinblick auf den Qualitätsstandard. Dies gilt vor allem für die Änderung der Anforderungen an die Wiederherstellung des natürlichen Fruchtsaftaromas von Fruchtsaft ("Direktsaft") und Fruchtsaft aus Fruchtsaftkonzentrat. - Nach geltendem EU-Recht darf bei einem Fruchtsaft nur das herstellungsbedingt vorübergehend abgetrennte Fruchtaroma am Ende desselben Produktionsgangs demselben Saft wieder hinzugefügt werden. Die vorgeschlagene Öffnung dahingehend, auch Aroma aus anderen Produktionsgängen verwenden und eine Aromatisierung "nach Belieben" vornehmen zu können, entspricht nicht der Verbrauchererwartung an einen Direktsaft. - Auch die Abkehr von der Verpflichtung, einem aus Fruchtsaftkonzentrat hergestellten Fruchtsaft das bei der Konzentrierung abgetrennte natürliche Fruchtsaftaroma wieder hinzufügen zu müssen, hin zu einem lediglich freiwilligen Zusatz führt zu einer deutlich schlechteren Qualität und bewirkt dadurch ebenso eine Irreführung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dies gilt insbesondere bei Mehrfruchtsäften, wo jetzt auf das Aroma einer, in der Regel hochwertigen Frucht, die entscheidend zum Geschmack des Produkts beiträgt, verzichtet werden könnte. Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen zu Recht erwarten, dass in einem Mehrfruchtsaft auch das Fruchtsaftaroma aller verwendeten Früchte enthalten ist. Eine Qualitätsverschlechterung von Fruchtsäften aus Fruchtsaftkonzentrat geht zudem auch mit der vorgesehenen Herabsetzung der Anforderungen an das zur Rückverdünnung verwendete Wasser einher. Wie im geltenden EU-Recht widerspiegelt, ist reine Trinkwasserqualität nicht generell ausreichend für die hohen Qualitätsanforderungen an die Herstellung von Fruchtsaft aus Fruchtsaftkonzentrat. Vielmehr kann es dabei zu einer unerwünschten Anreicherung z. B. von Natrium oder Nitrat kommen. Deutschland hätte es sehr begrüßt, wenn bei der Überarbeitung der Richtlinie 2001/112/EG ein qualitäts- und verbraucherbewussterer Ansatz verfolgt worden wäre. Dem vorgelegten Kompromisstext zur Änderung der Richtlinie 2001/112/EG kann Deutschland vor dem Hintergrund dieser Bedenken daher nicht zustimmen. Gemeinsame Erklärung des Vereinigten Königreichs, Italiens, Frankreichs, Griechenlands, Spaniens und Portugals Das Vereinigte Königreich, Italien, Frankreich, Griechenland, Spanien und Portugal bringen ihre Besorgnis über die möglicherweise weitreichende Auswirkung der Bestimmung in Anhang I Abschnitt II Nummer 2 fünfter Gedankenstrich zweiter Absatz der vorliegenden Richtlinie zum Ausdruck. Sie heben hervor, dass eine solche Bestimmung künftig nicht für andere Lebensmittelkategorien der Verordnung 1924/2006 benutzt werden sollte. Sie werden etwaige künftige Vorschläge der Kommission vor dem Hintergrund der Verordnung 1924/2006 auf die Verwendung der Angabe "ohne Zuckerzusatz" hin prüfen, um Unstimmigkeiten mit anderen einschlägigen Rechtsakten der EU zu vermeiden.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE MÄRZ 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (Neufassung) Erklärung Österreichs Österreich unterstützt grundsätzlich die Initiative, das erste Eisenbahnpaket im Sinne einer Vereinfachung des Regelwerks im Europäischen Eisenbahnraum zu überarbeiten. Für Österreich ist die Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene als umweltfreundliche Alternative zur Straße von entscheidender Bedeutung. Auf europäischer Ebene sollten jedoch lediglich die Rahmenbedingungen für diesen Sektor vorgegeben werden und es den Staaten überlassen bleiben, wie sie den Eisenbahnsektor im Rahmen der europäischen Zielsetzungen organisieren. Verpflichtende Trennungen von Einrichtungen über getrennte Buchführung und Bilanzen hinaus führen zu unverhältnismäßigen finanziellen und organisatorischen Mehrbelastungen und zu unverhältnismäßigen Eingriffen in die wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit der Eisenbahnunternehmen, die Österreich nicht befürwortet. Aus diesem Grund lehnt Österreich die Formulierungen des Artikels 13 Absätze 3 und 6 ab und kann dem Standpunkt des Rates in erster Lesung nicht zustimmen.	18581/11 + COR 1 + COR 2 (pl) + REV 1 (el) + ADD 1	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer LU, AT: dagegen EE: Enthaltung
3156. Tagung des Rates der Europäischen Union (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 22. März 2012 in Brüssel Verordnung (EU) Nr. 386/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 zur Übertragung von Aufgaben, die die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums betreffen, einschließlich der Zusammenführung von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors im Rahmen einer Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums, auf das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle) (Text von Bedeutung für den EWR) Erklärung des Rates und der Kommission Diese Verordnung kann nicht so ausgelegt werden, dass sie unter Titel V des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union fallende Befugnisse oder Pflichten einschließt oder überträgt.	PE-CONS 80/11 + REV 1 (sv)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer DE: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE MÄRZ 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EU) Nr. 387/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates über den Europäischen Fischereifonds hinsichtlich bestimmter Vorschriften zur finanziellen Abwicklung für bestimmte Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind	PE-CONS 1/12	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer BG: Enthaltung
Gemeinsame Erklärung der Kommission und des Rates zu den Auswirkungen auf den Haushalt Der Rat und die Kommission sind der Auffassung, dass die betreffende Verordnung auch im Zusammenhang mit den Haushaltsbeschränkungen gesehen werden muss, die alle Mitgliedstaaten betreffen und die im EU-Haushalt für die Jahre 2012 und 2013 angemessen berücksichtigt werden sollten. Alle infolge des Inkrafttretens dieser Verordnung aufgestockten Zahlungsbeträge sollten dergestalt berücksichtigt werden, dass die Kommission bis September 2012 aktualisierte Zahlenangaben hinsichtlich der Mittel für Zahlungen im Rahmen der Rubrik 2 vorlegt und erforderlichenfalls für 2012 eine globale Mittelübertragung vornimmt, vorbehaltlich des sonstigen Bedarfs, der möglicherweise im Rahmen anderer Rubriken des Finanzrahmens besteht, sowie – falls dann noch erforderlich – den Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans ausschließlich für diesen Zweck vorlegt. Erklärung des Rates zur Kofinanzierung und zur Vorausschau für den Zeitraum 2014-2020 Der Rat bestätigt, dass der Grundsatz der Kofinanzierung ein Grundprinzip der Gemeinsamen Fischereipolitik darstellt, da er Eigenverantwortung und Verantwortlichkeit gewährleistet und dafür sorgt, dass die Projekte ausgewählt werden, die den größten Zusatznutzen bieten. Jede Lockerung dieses Grundsatzes sollte daher auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Mit der jetzt vorgenommenen Änderung, die in Anbetracht der beispiellosen Krise, die die internationalen Finanzmärkte beeinträchtigt, und angesichts des Wirtschaftsabschwungs gerechtfertigt ist, sollte dem Ergebnis der Verhandlungen über das Legislativpaket zur GFP für den nächsten Finanzierungszeitraum nicht vorgegriffen werden.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE MÄRZ 2012			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Republik Bulgarien 1. Die Republik Bulgarien hat stets die Auffassung vertreten, dass es zur Lösung der mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verbundenen Probleme eines koordinierten Vorgehens auf EU-Ebene bedarf. Die Krise hat die nationalen Haushalte unter Druck gesetzt und behindert die Investitionstätigkeit in der gesamten Europäischen Union. 2. Die Republik Bulgarien hat nach wie vor ernste Vorbehalte gegen den Vorschlag, die Sätze für die Kofinanzierung aus den EU-Fonds für die EU-Mitgliedstaaten, für die ein Finanzhilfeprogramm aufgelegt wurde, vorübergehend anzuheben. 3. Dieses Vorgehen stellt eine Diskriminierung der Mitgliedstaaten dar, die in den Krisenjahren außerordentliche Anstrengungen unternommen haben, um die Finanz- und Haushaltsdisziplin zu wahren, und dadurch nicht in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind. Die vorgeschlagene Regelung hätte zudem Anreize für Anstrengungen disziplinierter Mitgliedstaaten vorsehen müssen. Sie hätte auch die Mitgliedstaaten einbeziehen müssen, die Finanz- und Haushaltsdisziplin üben, aber wegen der Wirtschaftskrise ebenfalls zeitweilig Mühe haben, die Kofinanzierung weiter sicherzustellen. 4. Die Ablehnung eines solchen Vorgehens könnte zu "falschen" Anreizen für diejenigen führen, die keine Finanz- und Haushaltsdisziplin üben. Die Änderung könnte die Mitgliedstaaten möglicherweise davon abhalten, den Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten und eine solide und tragfähige Haushaltspolitik zu verfolgen. 5. Dieser Standpunkt ist vom bulgarischen Ministerpräsidenten auf der Tagung des Europäischen Rates sowie auf den Tagungen des Rates "Allgemeine Angelegenheiten" und des Rates "Wirtschaft und Finanzen" vertreten worden. Er wird auch vom bulgarischen Parlament geteilt.			
3158. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 26. März 2012 in Brüssel Beschluss des Rates zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2012	7422/12	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer LU, NL, SE: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3151. Tagung des Rates der Europäischen Union (Justiz und Inneres) vom 8. März 2012 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates über die Folgemaßnahmen zu der 2009-2010 durchgeführten Schengen-Bewertung – Schengen-Bewertung Frankreichs Dok. 6334/12 Durchführungsbeschluss 2012/144/GASP des Rates vom 8. März 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2010/656/GASP zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire Dok. 6413/12 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 193/2012 des Rates vom 8. März 2012 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 560/2005 über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in der Republik Côte d'Ivoire Dok. 6416/12 2009/496/EG, Euratom: Beschluss des Europäischen Parlaments, des Rates, der Kommission, des Gerichtshofs, des Rechnungshofs, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen vom 26. Juni 2009 über den Aufbau und die Arbeitsweise des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union Dok. 6402/12 Beschluss des Rates zum Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko mit Maßnahmen zur gegenseitigen Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Fisch und Fischereierzeugnissen, zur Ersetzung der Protokolle Nrn.1, 2 und 3 und ihrer Anhänge sowie zur Änderung des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits Dok. 15975/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2012/176/EU: Beschluss des Rates vom 8. März 2012 über den Abschluss eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Königreichs Marokko an den Programmen der Union Dok. 12712/10 + COR 1 (en) Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 12/2011 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Haben die Maßnahmen der EU zur Anpassung der Fangkapazitäten der Fischereiflotten an die vorhandenen Fangmöglichkeiten beigetragen?" Dok. 6508/12 2012/243/EU: Beschluss des Rates vom 8. März 2012 über den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Schaffung eines Rahmens für eine verstärkte Zusammenarbeit und zur Festlegung von Verfahrensregelungen Dok. 9138/11 + COR 1 (fi) Schlussfolgerungen des Rates zu Leitlinien für eine Verstärkung der politischen Steuerung der Schengen-Zusammenarbeit Dok. 7238/12 REV 2 Schlussfolgerungen des Rates über einen gemeinsamen Rahmen für echte und praktische Solidarität gegenüber Mitgliedstaaten, deren Asylsysteme besonderem Druck, einschließlich durch gemischte Migrationsströme, ausgesetzt sind Dok. 7115/12 Schlussfolgerungen des Rates zu Leitlinien für eine Verstärkung der politischen Steuerung der Schengen-Zusammenarbeit Dok. 7238/12 REV 2	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3152. Tagung des Rates der Europäischen Union (Umwelt) vom 9. März 2012 in Brüssel Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Gemischten Ausschuss EU-USA für Zusammenarbeit im Zollbereich in Bezug auf die gegenseitige Anerkennung des Programms für zugelassene Wirtschaftsbeteiligte der Europäischen Union und des Programms "Customs-Trade Partnership Against Terrorism" der Vereinigten Staaten von Amerika Dok. 6759/12 ADD 1 COR 1 (lt) Erklärung des Rates Der Rat unterstützt uneingeschränkt den Beschluss, in Bezug auf das Programm für zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) mit den USA eine gegenseitigen Anerkennung vorzunehmen, was die internationale Lieferkette sichern und den Handel zwischen der Europäischen Union und den USA erleichtern wird. Angesichts der Tatsache, dass Abschnitt V Absatz 3 vierter Gedankenstrich betreffend die Datenverarbeitung durch die Vertragsparteien von nationaler Bedeutung für die USA ist, haben die EU und ihre Mitgliedstaaten zugestimmt, diesen Teil ausnahmsweise aufzunehmen. Sollten andere Drittstaaten den Wunsch äußern, dass eine derartige Bestimmung in ein Abkommen zwischen der EU und einem Drittstaat aufgenommen werden soll, dann wird dies im Einzelfall und unter Berücksichtigung der Datenschutzvorschriften und anderer einschlägiger rechtlicher Bestimmungen entschieden. Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union Dok. 6653/12	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Erklärung der Mitgliedstaaten der EU – im Rahmen der Anwendung eines Beschlusses des Rates der EU über eine EU-Krisenbewältigungsoperation, an der die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien teilnimmt – über den Verzicht auf Ansprüche im Zusammenhang mit der Beteiligung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an Krisenbewältigungsoperationen der EU Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind im Rahmen der Anwendung eines Beschlusses des Rates der EU über eine EU-Krisenbewältigungsoperation, an der die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien teilnimmt, bestrebt, soweit ihre innerstaatlichen Rechtsordnungen dies zulassen, auf Ansprüche gegen die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wegen Körperverletzung oder Tod von Mitgliedern ihres Personals oder wegen Beschädigung oder Verlust von Mitteln, die ihnen gehören und im Rahmen der EU-Krisenbewältigungsoperation genutzt werden, so weit wie möglich zu verzichten, wenn die Körperverletzung, der Tod, die Beschädigung oder der Verlust – von Personal der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in Erfüllung seiner Aufgaben im Zusammenhang mit der EU-Krisenbewältigungsoperation verursacht wurde, es sei denn, es liegt grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Verschulden vor, oder – durch die Nutzung von Mitteln verursacht wurde, die Eigentum der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind, sofern diese Mittel im Zusammenhang mit der Operation genutzt wurden, außer im Falle grober Fahrlässigkeit oder vorsätzlichen Verschuldens vonseiten des von der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien gestellten Personals der EU-Krisenbewältigungsoperation bei der Nutzung dieser Mittel. Erklärung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über den Verzicht auf Schadenersatzansprüche gegen alle an Krisenbewältigungsoperationen der EU beteiligten Staaten Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ist im Rahmen der Anwendung eines Beschlusses des Rates der EU über eine EU-Krisenbewältigungsoperation bestrebt, soweit ihre innerstaatliche Rechtsordnung dies zulässt, auf Ansprüche gegen jeden anderen an der EU-Krisenbewältigungsoperation teilnehmenden Staat wegen Körperverletzung oder Tod von Mitgliedern ihres Personals oder wegen Beschädigung oder Verlust von Mitteln, die ihr gehören und im Rahmen der EU-Krisenbewältigungsoperation genutzt werden, so weit wie möglich zu verzichten, wenn die Körperverletzung, der Tod, die Beschädigung oder der Verlust – von Personal in Erfüllung seiner Aufgaben in Zusammenhang mit einer EU-Krisenbewältigungsoperation verursacht wurde, es sei denn, es liegt grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Verschulden vor, oder – durch die Nutzung von Mitteln verursacht wurde, die den an der EU-Krisenbewältigungsoperation teilnehmenden Staaten gehören, sofern diese Mittel im Zusammenhang mit der Operation genutzt wurden, außer im Falle grober Fahrlässigkeit oder vorsätzlichen Verschuldens vonseiten des Personals der EU-Krisenbewältigungsoperation bei der Nutzung dieser Mittel. Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Bosnien und Herzegowina über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung Bosniens und Herzegowinas an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union Dok. 17177/11	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
MÄRZ 2012**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Erklärung der Mitgliedstaaten der EU – im Rahmen der Anwendung eines Beschlusses des Rates der EU über eine EU-Krisenbewältigungsoperation, an der Bosnien und Herzegowina teilnimmt – über den Verzicht auf Ansprüche im Zusammenhang mit der Beteiligung Bosnien und Herzegowinas an Krisenbewältigungsoperationen der EU Die Mitgliedstaaten der EU sind im Rahmen der Anwendung eines Beschlusses des Rates der EU über eine EU-Krisenbewältigungsoperation, an der Bosnien und Herzegowina teilnimmt, bestrebt, soweit ihre innerstaatlichen Rechtsordnungen dies zulassen, auf Ansprüche gegen Bosnien und Herzegowina wegen Körperverletzung oder Tod von Mitgliedern ihres Personals oder wegen Beschädigung oder Verlust von Mitteln, die ihnen gehören und im Rahmen der EU-Krisenbewältigungsoperation genutzt werden, so weit wie möglich zu verzichten, wenn die Körperverletzung, der Tod, die Beschädigung oder der Verlust – von Personal Bosnien und Herzegowinas in Erfüllung seiner Aufgaben im Zusammenhang mit der EU-Krisenbewältigungsoperation verursacht wurde, es sei denn, es liegt grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Verschulden vor, – oder durch die Nutzung von Mitteln verursacht wurde, die Eigentum Bosnien und Herzegowinas sind, sofern diese Mittel im Zusammenhang mit der Operation genutzt wurden, außer im Falle grober Fahrlässigkeit oder vorsätzlichen Verschuldens vonseiten des von Bosnien und Herzegowina gestellten Personals der EU-Krisenbewältigungsoperation bei der Nutzung dieser Mittel. Erklärung Bosnien und Herzegowinas über den Verzicht auf Schadenersatzansprüche gegen alle an Krisenbewältigungsoperationen der EU beteiligten Staaten Bosnien und Herzegowina ist im Rahmen der Anwendung eines Beschlusses des Rates der EU über eine EU-Krisenbewältigungsoperation bestrebt, soweit seine innerstaatliche Rechtsordnung dies zulässt, auf Ansprüche gegen jeden anderen an der EU-Krisenbewältigungsoperation teilnehmenden Staat wegen Körperverletzung oder Tod von Mitgliedern seines Personals oder wegen Beschädigung oder Verlust von Mitteln, die Bosnien und Herzegowina gehören und im Rahmen der EU-Krisenbewältigungsoperation genutzt werden, so weit wie möglich zu verzichten, wenn die Körperverletzung, der Tod, die Beschädigung oder der Verlust – von Personal in Erfüllung seiner Aufgaben im Zusammenhang mit der EU-Krisenbewältigungsoperation verursacht wurde, es sei denn, es liegt grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Verschulden vor, – oder durch die Nutzung von Mitteln verursacht wurde, die Eigentum der an der EU-Krisenbewältigungsoperation teilnehmenden Staaten sind, sofern diese Mittel im Zusammenhang mit der Operation genutzt wurden, außer im Falle grober Fahrlässigkeit oder vorsätzlichen Verschuldens vonseiten des Personals der EU-Krisenbewältigungsoperation bei der Nutzung dieser Mittel. Schlussfolgerungen des Rates "Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050" Dok. 6837/12 Schlussfolgerungen des Rates "Vorgehen im Anschluss an die 17. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP 17) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und die 7. Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (CMP 7) (28. November bis 9. Dezember 2011 in Durban, Südafrika)" Dok. 6841/12	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates "Rio+20: Wege zu einer nachhaltigen Zukunft" Dok. 6892/12 3153. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wirtschaft und Finanzen) vom 13. März 2012 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 13/2011 des Rechnungshofs in Bezug auf das Zollverfahren 42 Dok. 6967/12 + COR 1 + COR 2 (pt) 2012/193/EU: Beschluss des Rates vom 13. März 2012 über den Abschluss – im Namen der Union – der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen Dok. 7763/10 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates "Standpunkt der EU für die 85. Tagung des Rates der Internationalen Kakao-Organisation (ICCO) (Guayaquil, Ecuador, 26.-30. März 2012)" Dok. 7148/12 REV 1 Beschluss 2012/149/GASP des Rates vom 13. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2010/638/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea Dok. 6803/12 Beschluss 2012/150/GASP des Rates vom 13. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/872/GASP zur Aktualisierung der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, auf die die Artikel 2, 3 und 4 des Gemeinsamen Standpunkts 2001/931/GASP über die Anwendung besonderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Anwendung finden Dok. 6996/12	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 213/2012 des Rates vom 13. März 2012 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1375/2011 zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus Dok. 6999/12 + COR 1 (en) 2012/156/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 13. März 2012 zur Aussetzung der für Ungarn vorgesehenen Mittelbindungen aus dem Kohäsionsfonds mit Wirkung vom 1. Januar 2013 Dok. 6952/12 + COR 1 (sl) Schlussfolgerungen des Rates "Bericht im Rahmen des Warnmechanismus" Dok. 6905/12 REV 1 2012/211/EU: Beschluss des Rates vom 13. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/734/EU gerichtet an Griechenland zwecks Ausweitung und Intensivierung der haushaltspolitischen Überwachung und zur Inverzugsetzung Griechenlands mit der Maßgabe, die zur Beendigung des übermäßigen Defizits als notwendig erachteten Maßnahmen zu treffen Dok. 7504/12 3154. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten/Handel) vom 16. März 2012 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates "Konzept der EU für Handel, Wachstum und Entwicklung im nächsten Jahrzehnt" Dok. 7412/12 3155. Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft und Fischerei) vom 19./20. März 2012 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates zur Strategie hinsichtlich des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens Dok. 7132/12 REV 1	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 11/2011 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Ermöglichen Konzeption und Verwaltung der Regelung für geografische Angaben, dass sie wirksam ist?" Dok. 7484/12 Beschluss des Rates vom 19. März 2012 zur Verlängerung der Amtszeit des Vizepräsidenten des Gemeinschaftlichen Sortenamtes Dok. 6757/12 Beschluss 2012/159/GASP des Rates vom 19. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/172/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Ägypten Dok. 7451/12 Beschluss 2012/158/GASP des Rates vom 19. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/173/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Bosnien und Herzegowina Dok. 7350/12 2012/177/EU: 2012/593/EG: Beschluss des Rates vom 19. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Bank of Greece Dok. 6627/12 Schlussfolgerungen des Rates zu einer Mitteilung der Kommission über die externe Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik Dok. 7086/12 + COR 1	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3157. Tagung des Rates der Europäischen Union (Auswärtige Angelegenheiten) vom 22./23. März 2012 in Brüssel Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Albanien über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung der Republik Albanien an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union Dok. 9993/11 Beschluss 2012/174/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP über die Militäroperation der Europäischen Union als Beitrag zur Abschreckung, Verhütung und Bekämpfung von seeräuberischen Handlungen und bewaffneten Raubüberfällen vor der Küste Somalias Dok. 6691/12 + COR 1 (de) Beschluss 2012/173/GASP des Rates vom 23. März 2012 über die Aktivierung des EU-Operationszentrums für die Missionen und die Operation der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik am Horn von Afrika Dok. 5643/12 Beschluss 2011/166/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Unterstützung von Maßnahmen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) im Rahmen der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen Dok. 6876/12 + COR 1 (hu) Billigung des Standpunkts der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in dem mit dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits eingesetzten Assoziationsrat im Hinblick auf die Annahme einer Empfehlung zur Umsetzung des ENP-Aktionsplans EU-Jordanien Dok. 7685/12 REV 1 ADD 1	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Erklärung der Kommission im Anschluss an die Annahme der Schlussfolgerungen des Rates zum Standpunkt der EU im Assoziationsrat EU-Jordanien Die Kommission stellt fest, dass der vom Rat angenommene endgültige Text vom ursprünglichen Vorschlag abweicht, nach dem im Einklang mit der vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geltenden Praxis ein einziger Beschluss des Rates vorgesehen war. Die Kommission geht davon aus, dass das in diesem Fall angewandte Verfahren keinen Präzedenzfall für das Verfahren für die Annahme künftiger Standpunkte der Union in Bezug auf sonstige Aktionspläne darstellt. Beschluss 2012/170/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2010/573/GASP betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau Dok. 7631/12 Durchführungsbeschluss 2012/171/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2010/639/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Belarus Dok. 7758/12 ADD 1 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 265/2012 des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus Dok. 7760/12 ADD 1 Durchführungsbeschluss 2012/256/GASP des Rates vom 14. Mai 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2011/782/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen gegen Syrien Dok. 7762/12 ADD 1 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 410/2012 des Rates vom 14. Mai 2012 zur Durchführung des Artikels 32 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien Dok. 7763/12 ADD 1 Durchführungsbeschluss 2012/167/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Beschlusses 2011/486/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan Dok. 7013/12	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 263/2012 des Rates vom 23. März 2012 zur Durchführung des Artikels 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen angesichts der Lage in Afghanistan Dok. 7020/12 + ADD 1 REV 1 Beschluss 2012/168/GASP des Rates vom 23. März 2012 zur Änderung des Beschlusses 2011/235/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen angesichts der Lage in Iran Dok. 7628/12 ADD 1 REV 1 Verordnung (EU) Nr. 264/2012 des Rates vom 23. März 2012 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 359/2011 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Iran Dok. 7740/12 ADD 1 COR 1 Beschluss 2012/205/GASP des Rates vom 23. April 2012 zur Änderung des Beschlusses 2010/413/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Iran Dok. 7630/12 Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 961/2010 Dok. 6697/12 Erklärung des Rates und der Kommission 1. Die Delegationen sind übereingekommen, die Frage zu prüfen, ob es notwendig ist, die Fortsetzung von Dienstleistungen sicherzustellen, die im Rahmen von Sicherheits- und Wartungsverträgen für Vermögenswerte erbracht werden, die im Zusammenhang mit der Exploration oder Nutzung von Kohlenwasserstoffen innerhalb der Europäischen Union verwendet werden, um der Gefahr von Umweltschäden und der Gefahr einer Zerstörung dieser Vermögenswerte vorzubeugen. 2. Der Rat und die Kommission sind übereingekommen, dass sie die in Artikel 12 Absatz 2 der Verordnung des Rates vorgesehene Ausnahmebestimmung, die (bis zum 1. Juli 2012) unmittelbar und mittelbar für Haftpflicht- und Umwelthaftpflichtversicherungen sowie Rückversicherungen gilt, spätestens auf der Tagung des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) im Mai 2012 überprüfen werden. Im Zuge dieser Überprüfung werden der Rat und die Kommission die Verfügbarkeit und den Preis von Rohöl- und Erdölserzeugnissen, die in anderen Ländern als Iran erzeugt werden, und die sich aus der Beendigung dieser Ausnahmebestimmung ergebenden Auswirkungen auf die globalen Ölmärkte und auf Drittländer, die ähnliche Maßnahmen gegen Iran ergreifen, gebührend berücksichtigen.	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE MÄRZ 2012	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zur Bündelung und gemeinsamen Nutzung militärischer Fähigkeiten Dok. 7682/12 Schlussfolgerungen des Rates zur Sahelzone Dok. 8067/12 Schlussfolgerungen des Rates zu Belarus Dok. 8102/12 Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien Dok. 8076/12 3158. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 26. März 2012 in Brüssel 2012/261/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. April 2012 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2011/006 ES/Comunidad Valenciana/Hochbau, Spanien) Dok. 7377/12 2012/232/EU: Durchführungsbeschluss des Rates vom 26. April 2012 zur Ermächtigung Rumäniens, eine von Artikel 26 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 168 der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Regelung anzuwenden Dok. 7009/12 + REV 1 (da) 2012/189/EU: Beschluss des Rates vom 26. März 2012 über den Abschluss des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 2010 Dok. 7711/12 Beschluss des Rates über den Abschluss des Regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln Dok. 11343/10 + COR 1 (el)	